

erschient wöchentlich 2 Mal
in Leipzig.
Bestellungen nehmen alle
Buchhandlungen und Buchhand-
lungen des In- und Aus-
landes an.
Für Leipzig nehmen Be-
stellungen an:
die Expedition, Hofstraße 4.
die Genossenschafts-
Buchdruckerei, Zeigerstraße 44.
H. Debel, Peterstraße 18.
J. Müller, Bayerstraße
8b, III.

Der Volksstaat

Abonnementspreis:
Für Preußen incl. Stempel-
steuer 17 Sgr., für die übrigen
Deutschen Staaten 12 1/2 Sgr.
pro Quartal,
pro Monat 4 1/2 Sgr.
Für Leipzig und Umgegend
pro Quartal 13 Sgr.
Filialabonnements für die Ver-
einigten Staaten:
R. A. Sorge,
Box 101 Hoboken, N. J.
via New York.
G. A. Vönneder,
155 W. Lake Chicago (Ill.)

Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften.

Nr. 1.

Mittwoch, 1. Januar.

1873.

Abonnements-Einladung.

Mit dem 1. Januar 1873 beginnt ein neues Abonnement auf den „Volksstaat“. Wir ersuchen die verehrlichen Leser, das Abonnement auf das Blatt sofort erneuern zu wollen, damit keine Unterbrechung in der Zusendung eintritt.

Der Preis des Blattes ist wie bisher per Quartal 12 1/2 Ngr. — wozu in Preußen noch der Zuschlag für den Zeitungstempel kommt — bei wöchentlichem zweimaligem Erscheinen.

Kreuzbandsendungen für Deutschland und Oesterreich kosten für 1 Exemplar per Quartal 25 Ngr., für die Schweiz 1 Thlr., für Frankreich, Belgien, England u. 1 Thlr. 8 Ngr. Zahlung pränumerando.

Beim Eintritt in das neue Jahr hat der „Volksstaat“ nicht nötig, Versprechungen zu machen und seine künftige Haltung darzulegen. Organ nicht einer Person, nicht einer Clique, sondern einer Partei, der sozialdemokratischen Arbeiterpartei, hat der „Volksstaat“ sein bestimmtes, scharf ausgeprägtes Parteiprogramm, das er zu vertreten und zu verteidigen hat gegen Jedermann, gegen jede Gewalt.

Die Verfolgungen, deren Zielscheibe Partei und Parteiorgan sind, erschrecken uns nicht, erschauern uns nicht. Wir finden sie ebenso selbstverständlich als unserer Parteientwicklung zuträglich. Wir führen Krieg gegen den heutigen Staat und die heutige Gesellschaft — und beide thun ihr Möglichstes, uns zu vernichten.

Ihr Möglichstes ist aber nichts. Den Einzelnen können sie erdrücken, die Partei wird durch die Verfolgungen gekräftigt. Der Schlag des Hammers, welcher den schwachen Thon zerbricht, schmiedet das Eisen nur fester — um so fester, je härter der Schlag.

Bliden wir nach Frankreich. Vergleichen mit den Verfolgungen, welche dort das Proletariat erfahren hat und erfährt, ist alles in Deutschland Gesehene Kinderpiel. Und — nicht die Besiegten der Kommune zittern, es zittern die Sieger!

Unser Leben, unsere Macht liegen nicht in dieser, in jener Person; sie liegen in den Verhältnissen, und zwar in den Verhältnissen, die von unseren Feinden geschaffen sind, von unseren Feinden gepflegt und auf die Spitze getrieben werden.

Die Sozialdemokratie ist das natürliche Kind des heutigen Staats und der heutigen Gesellschaft; sie mögen es verleugnen, verstoßen, hegen wie ein wildes Thier — wider Willen müssen sie es nähren und groß ziehen, wie sie es erzeugt haben. Und das Kind wird die unnatürlichen Eltern entthronen und überleben.

Was auch kommen möge, der „Volksstaat“ wird fortfahren, nach Kräften seine Pflicht zu thun; und rechnet vertrauensvoll auf die geistige und materielle Unterstützung der Partei.

Biel Feind, viel Ehr!
Schließen wir die Reihen! Wo Einer getroffen niederstürzt, trete ein Anderer an die Stelle. An Mannschaft fehlt's nicht. Der Feind selbst liefert uns die Rekruten. Handle Jeder, als hinge von ihm das Heil der Partei ab! — Streue Jeder den Samen der Sozialdemokratie in den von den Feinden für uns ausgewählten und gelockerten Boden.

Genug — wir fürchten nichts, wir werden uns über nichts wundern. Spottend der Drohungen und Gefahren, heiter im Bewußtsein der guten Sache, marschiren wir dem erhabenen Ziel der allgemeinen Menschenbefreiung zu, marschiren zum Sieg! Je hitziger und brutaler die Verfolgungen, desto besser die Vorkämpfer, und desto kürzer die Lehrzeit!

Die Gründer und die Staatshilfe.

In Bourgeoisblättern liest man in letzter Zeit sehr viel von den neuesten Maßregeln der preussischen Bank, des unter der Leitung der Regierung stehenden Geldinstituts des preussischen Staats, welche in einem — offenbar nur fingierten — Anfall von Gewissensregung dem üppig emporschneidenden Gründerthum, diesem Vampyr im Blute des arbeitenden Volkes, ihre weitere Unterstützung versagt. Sie hat selbst den „feinsten“ Bankfirmen ihren Wechselkredit bedeutend eingeschränkt, sie weigert sich auch die Aktien der unzähligen neuentstandenen Gesellschaften fernherhin so bedingungslos mit ihrem Gelde zu beleihen, wie sie es bisher gethan. Darob nun großer Jammer im Lager Israels — wollte sagen der Gründer; — man hatte in freudiger Erwartung der französischen Milliarden, die uns ja bekanntlich eine ganz neue Aera des Wohlstandes, einen ungeheuern Aufschwung der „Geschäfte“ bringen müssen, rastlos drauf los gegründet; der goldene Regen aus Westen sollte den mit fluger Hand gelegten Samen erst befruchten, damit er so zur nicht minder goldenen Ernte heranreife — und nun hält Jupiter-Camphausen den so sicher erhofften Regen grausamer Weise zurück! Die armen Gründer zappeln und schnappen nun um sich, wie die Fische im Teiche, denen plötzlich das Wasser entzogen wird. An der Börse herrscht völlige „Panik“, die „Course“ weichen rapide, und eine ungeheuerere Finanzkrise erscheint unausbleiblich, wenn es der Verwaltung der Bank gefallen sollte, ihre Rolle noch ein wenig weiter fortzuspielen. Die Erbitterung in den Reihen der Gründer ist denn natürlich auch enorm. Sie lassen ihre Pregehemme die „sozialdemokratischen“ Erwägungen bestreiten. Die „Vorkämpfer“, diese Hohenpriesterin des Schwindels, der Lüge und der Korruption, vermag angesichts der Maßnahmen der königlichen Bank ihre ernstesten wirtschaftlichen Bedenken im Interesse des modernen Unternehmungsgeistes auf dem Gebiete der Industrie und

des Handels nicht zurückzudrängen, des modernen Unternehmungsgeistes, der zwar — setzt sie in biderber Offenherzigkeit hinzu — manchmal unschönen Auswuchs zu Tage gefördert, (als ob nicht alle Gründerei, gehe sie nun von Rothschild aus oder vom allerletzten Anfänger, auf die schamloseste Uebervorteilung berechnet wäre!) dem wir aber doch die heutige „berauschende“ Entwicklung der Produktion, die allgemeine Hebung des Volkswohlsandes u. u. zu verdanken haben. Dabei werden im Hintergrunde eventuelle Repressalien seitens des Gründerthums in Aussicht gestellt und auch nach echter Geldprogenmanier von den enormen Steuer- und sonstigen Lasten erzählt, die „uns“ die Erhaltung des „Staates“ (in diesem Munde heißt das bekanntlich immer die ungeheure Militär- und Polizeimacht) auferlegt, und für die „wir“ einige Gegenleistung zu fordern wol berechtigt sind.

Ei, ei, ihr Herren Geldsäcke, merkt ihr denn nicht, daß sich in der Hitze eures edlen Bornes die Tartuffe-Maske eures Manchesterthums, die ihr so consequent dem Volke entgegenhaltet, gar arg verschoben hat, und daß dahinter euer wahres, eigenes Gesicht, der prinzipien- und schrankenlose Egoismus, die pure, blanke Habgier, die sich den Teufel scheert um all die ewig unumstößlichen „Gesetze“, um all die wissenschaftlich erforschten „Wahrheiten“ eurer Volkswirtschaft, gar indistinct hervorguckt?! Ihr, die ihr Zeter und Mordio schreit, das jüngste Gericht, den ewigen Petroleums-weltbrand herannahen seht, wenn der Mann der Arbeit, über seine Lage klar geworden, aus der Tiefe seines Elends den Ruf nach Staatshilfe ausstößt, d. h. nach der gegenseitigen Hilfeleistung Aller für Alle, dieser schönen Uebertragung des idealen Gefühls der Zusammengehörigkeit auf das tägliche Leben, ihr, die ihr durch eure wohlbezahlten Apostel immer und immer wieder den „Massen“ vorpredigen laßt von den alleinigmachenden Wirkungen der „Selbsthilfe“, des „freien“ Verkehrs, welche uns „mit der Zeit“ unfehlbar noch allesamt wohlhabend, glücklich und zufrieden machen müssen — sobald man sich nur für einweilen zu Tode arbeiten und „sparen“ will; ihr, die ihr gar nicht genugsam zu warnen wißt vor dem schredlichen Gifte der „Vermummung“ durch den Staat — ihr gesteht es in eigenen Worten ein, und bestätigt es weit mehr noch durch die Thatfachen, daß ihr von der arg verpönten „Staatshilfe“, die ihr als das Ende aller Volkswirtschaft hingestellt, für euch selbst den allerweitesten Gebrauch macht, ja daß ihr im krankhaften Drange eurer Gewinnucht eben diese Staatshilfe in so ausgedehntem Maße in Anspruch genommen, daß ihr heute in eurer ganzen Existenz von ihr abhängig geworden seid, und daß es, abgesehen von der legislativen, auch schon in der finanziellen Gewalt der Staatsleitung läge, euch euer sauberes Gründerhandwerk gründlich zu legen?!

Und ihr, ihr hochweisen Lenker des Staatsschiffes, denen die hochweisen Zopferfüden zu Berge stehen und die „bestehende Staatsordnung“ unter den Füßen zu wackeln beginnt, die ihr nicht Ketten und Kerker genug habt, wenn der Arbeiter nur die Meinung auszusprechen wagt, wie es gar wol möglich sei, daß ihm, dem ehrlichen und ehrenhaften Erzeuger aller Werthe, nachdem er sich zur genossenschaftlichen Collectivität geeinigt, der Kredit des Staates zugewendet werde — ihr stehet nicht an — denn euer jetziges Spiel ist eben nur Komödie, ein Stückchen „politischer Heuchelei“, dieser wichtigen Ingredivenz im Breie eurer Staatsweisheit — ihr stehet nicht an, sagen wir, das Eigenthum des Staates, d. i. der Gesammtheit seiner Bürger, den unsauberen Händen des Finanzschwindlers zu überantworten, der, mit höchst unklaren Begriffen von Ehrlichkeit und Rechtlichkeit behaftet, schon in seiner Eigenschaft als einzelne Individualität nicht im Entferntesten die unerlässlichen Garantien einer Arbeitergenossenschaft — d. h. was die Sozialdemokratie unter einer solchen versteht — darbietet, den jeder unerwartete Windstoß an den Rand des Bankrotts werfen kann, und der ferner die ihm anvertrauten Mittel wahrlich nicht auf die einzig berechnete, wirtschaftlich gesunde Weise verwendet, nämlich zur Produktion neuer gesellschaftlicher Werthe, wol aber zur frechtigen und schwindelhaften Uebervorteilung des minder „geschäfts-kundigen“ Nachbarn?!

Schreibtabel her, Schreibtabel her, damit man sie notire, all diese schönen Bekenntnisse, wahrlich, sie sind des Werthens wol werth! Und das dumme, undankbare Volk, das immer mehr und mehr daran zu zweifeln anfängt, wie ernst es den liberalen Herren Volkstreuenden und ihren Seudlingen mit ihrer Lehre vom „Freihandel“ ist, das je länger je mehr daran zu zweifeln anfängt, wie gut es „Väterchen“ Staat mit allen seinen Kindern meint, und wie ängstlich gewissenhaft er für jedes von ihnen die gleichen Pflichten abwägt, weiß und die gleichen Rechte! —

Es ist bereits darauf hingewiesen worden, daß der urplöbliche moralische Krampfanfall der Regierung eine reine Fiktion ist; man kennt sich, man braucht sich, man versteht sich gegenseitig all zu sehr, als daß man sich nicht auch bald wieder verständigen sollte; es kann nicht lange dauern, und das alte zärtliche Verhältnis zwischen Gründerthum und Regierung ist wieder hergestellt. (Die Thatfachen haben diese unsere Ansicht bereits eingeholt: Wie wir soeben lesen, erklärte auf eine aus nationalliberalem Lager im preussischen Abgeordnetenhaus an die Regierung gerichtete Interpellation Herr von Dechen, der Präses des Vaudirektoriums, daß es mit den Maßregeln der königlichen Bank durchaus nicht so ernst gemeint gewesen sei; man möge nur ruhig weiter drauf los gründen und dürfe sich der Hilfe des Staates nach wie vor versichert halten; nur möchte man, so viel es angehe, den äußern Schein zu wahren suchen. Daranshin im Abgeordnetenhaus große Freude und an der Börse große „Panik“.) Und aber, Parteigenossen und Freunde, und diene dieser kleine hässliche Zwist, der den Vorhang ein wenig allzu sehr gelüftet, von Neuem zur Belehrung darüber, was das liberale Manchesterthum unter seinen Theorien in Wahrheit eigentlich versteht: Für sich die unbeschränkste Ausbeutung

des Staatskredits, für den Arbeiter aber Selbsthilfe, immer nur Selbsthilfe, bis er, an der äußersten Grenze völliger Ohnmacht angelangt, der Gnade seines „Besizers“ auf Gnade und Ungnade überliefert ist. Seit acht Tagen kaum hat die Regierung ihren maßlosen Kredit ein wenig eingeschränkt und schon kracht und stöhnt der stolze Bau des ganzen heutigen Finanz- und Wirtschaftssystems in allen seinen Fugen! Das ist die trefflichste Illustration zu dem wüsten Geschrei unserer Gegner über die „utopistischen“, „niemals ausführbaren“ Forderungen der Sozialdemokratie! Für uns aber, Parteigenossen und Freunde, sei jener Zwischenfall und das, was wir aus ihm entnommen, eine neue Anregung, mit allen unsern Kräften, mit Gut und Blut, der Zeit entgegenzustreben, wo der Staat, in schöner Erfüllung seines wahren Berufes, zwar nicht die Früchte eines blutigen Raubzuges, im menschenmörderischen Ringen einem großen, hochherzigen Nachbarvolke abgejagt, — diese können niemals zu einer Quelle des Glückes werden, wie wir es hungernd selbst erleben und noch mehr erleben müssen werden — wol aber die erden Früchte friedlicher Arbeit immer wieder dem Fleiße und der Werkthätigkeit seiner Bürger dienlich zu machen weiß, um sie so einer Epoche wahren „Nationalreichthums“, wahrer „Industrieblüthe“ entgegenzuführen, einer Höhe gesellschaftlicher Produktionskraft, von der das heutige Pögmengengeschlecht von Egoisten, das aus dem engen Kreise seines lieben, kleinen, erbärmlichen Ichs niemals heranzukommen vermag, gar keine Ahnung hat. Es lebe die Zukunft! Es lebe die Arbeit!

Politische Uebersicht.

So ähnlich, dem Wesen nach ganz gleich, auch der Bismarck'sche Parlamentarismus dem Bonapartisten des Zweiten Empire ist: dieselbe Ohnmacht und Servilität der „volkstretenden“ Körperschaften, deren einziger Existenzzweck die Bemäntelung des in seiner nackten Gestalt etwas abstoßenden militaristischen Absolutismus — in einem Punkt herrscht doch ein charakteristischer Unterschied: während Bonaparte seine Lafeien im Senat und Gesetzgebenden Körper mit ausgefuchter Höflichkeit zu behandeln pflegte, um ihnen ein Ansehen vor dem Volk zu geben, ist es im Bismarck'schen Reich ständige Sitte, der dienstfertigen Reichstagsmajorität bei jeder nur irgend sich bietenden Gelegenheit recht empfindlich ihre Untergeordnetheit ins Gedächtnis zu rufen, damit ja kein Zweifel darüber entstehen könne, daß Preußen (und was dranhängt) eine absolute Militär- und Polizeimonarchie ist, in der das Volk nichts, und die Bourgeoisie bloß Ja zu sagen hat. Soeben ist den Bismarck'schen Parlamentern, freilich außerhalb des „Reichstags“, wieder ein besonders derber Faustschlag versetzt worden, um ihnen „den Standpunkt klar zu machen“. Sie hatten sich nämlich darauf gepöpst, daß die letzte preussische „Ministerkrise“ einem Triumph des Bismarck'schen Parlamentarismus, d. h. mit dem Austritt einiger der Herren Parlamentlern ob ihres unverhüllten Reaktionsarismus unliebsamen Minister, vor Allem des Herrn von Koon, — und mit dem Eintritt des einen oder des anderen Parlamentlers, z. B. Forderbeck's enden würde. Wohlan: Herr von Koon ist zum Ministerpräsident ernannt worden, — und zu gleicher Zeit die offiziöse Anzeige erfolgt, daß Herr Wagener von Dummerrwig jetzt auch sein Amt als vortragender Rath beim König antrete! Koon und Wagener! die zwei Männer, die, nächst Bismarck, den Parlamentarismus aufs Rückfichtloseste mißhandelt, und vielleicht die einzigen, die dem Parlamentarismus nie, auch nur zum Schein, geschmeichelt haben! Vorkünftig haben die Herren Nationalliberalen es noch nicht fertig gebracht, diesen Faustschlag in eine Liebfosung umzulügen. Sie werden aber schon fertig bringen! Für deutsche, und speziell nationalliberale Servilität gibt es in puncto der Niedertracht kein „unmöglich“. —

Wie die preussische Regierung die Opfer der Sturmfluth im Stiche läßt, darüber läßt sich die „Wiener Tagespresse“ — die übrigens gut thäte, von ihrem antipreussischen Radikalismus ein Bißchen ihrem „wahrhaft österreichischen Herzen“ einzunimpfen — von einem süddeutschen Mitarbeiter Folgendes schreiben:

„Der Minister Bogenhausen hat für die Sendungen des Central-Hilfscomitès an die Unglücklichen nicht einmal Transportfreiheit, sondern nur Taxifreimäßigkeit gewährt! — Diese Thatfache steht nicht vereinzelt, sie entspricht dem in Preußen angenommenen Systeme. So ist es auch schon in früheren Fällen gehalten worden. Als im Jahre 1868 bei der im östlichen Preußen herrschenden Noth ein Hilfscomité in der bayerischen Pfalz u. A. Saatkartoffeln nach den am schwersten heimgefügten Gegenden schenkte, gewährten zwar die Privatbahnen Frachtfreiheit, die preussische Staatsbahn aber verweigerte dieselbe; ihre Gebühren betragen ein Drittelheil des Wertes der Gaben. Bergebens verwendete sich damals ein Zollparlamentärsmitglied, ein bayerischer Beamter aus der Pfalz, bei der kompetenten Behörde; der Tariffuß mußte bezahlt werden. Statt selbst zu helfen, erhob man noch gleichsam eine Steuer von der Mithätigkeit der Privaten; die Noth des eigenen Volkes ward zur Einkommensquelle für den Staat.“

„Alles ist hier nur der Arme wegen vorhanden und die Leute sind so gezüchtet, daß ihnen darüber nichts mehr einfällt. Im nächsten Januar soll eine Viehzählung vorgenommen werden. Die Bezirksregierung in Bromberg macht dies mit einer Audeinänderung bekannt, welche in dem Nachweise gipfelt, daß eine tüchtige Fleischnahrung die Soldaten leistungsfähiger und kräftiger mache. Nun, die preussischen Soldaten bekommen zwar während der Kasernezeit nicht übermäßig viel Fleisch, aber das Argument ist unbeeidlich.“

Ob die hier gedachte „Viehzählung“ in Verbindung zu bringen

ist mit der von verschiedenen Blättern gebrachten Mittheilung, die preussische Regierung habe bei großen Fleischlieferanten angefragt, wie viel sie jederzeit an Waare der Regierung zur Verfügung stellen könnten; und ob ferner diese beiden Meldungen eine ebenso mysteriöse Vorbedeutung in sich tragen, wie die Ende 1869 ergangene Allerhöchste Aufforderung, Scharpie zu zupfen — das Alles kann nur die Zukunft lehren.

Als historisches Aftenstück, um den Kretinismus der Versailler Kammerrepublikaner zu kennzeichnen, sei nachfolgendes Bruchstück einer Epistel des Exsocialdemokraten Kolland veröffentlicht: „Beruhigen Sie sich! die Republik ist nicht in Gefahr, Herr Thiers wird ihr nicht fehlen. Die Republik ist eine politische Nothwendigkeit. Was man auch thun mag, die Republik wird aus den Kriegen als die Trosterin für unsere Unglücksfälle hervorgehen. Was Herrn Thiers anbelangt, so heisst es, ihn verläumdern, wenn man glaubt, daß er monarchische Hintergedanken nähre. Es heisst freilich auch, ihn verkennen, wenn man denkt, daß er die nämlichen Gesinnungen habe wie wir. Er ist in einem Punkt mit uns einig: wie wir haßt er das alte Regime; wie wir ist er der neuen Ordnung der Dinge ergeben, welche aus der Revolution hervorgegangen ist. Nur — und er hat dies hundertmal zugestanden — hätte er gewünscht, daß die konstitutionelle Monarchie das neue Regime entwickelt hätte. Schon 1865, als er das Ende des Empire vorausahnte, sagte er — ich hörte es selbst —, daß, wenn die Republik der Erde desselben sein werde, man alle Anstrengungen machen müsse, um sie in Frankreich heimisch zu machen. Es ist also keine Eintagslanne oder persönlicher Ehrgeiz, welche Herrn Thiers belehrt haben. Es ist ein langsam gereifter Entschluß. Wohl, Herr Thiers hat es unternommen, mit den Monarchisten der Versammlung die Republik zu gründen, und es ist noch nicht gesagt, daß er nicht damit zu Stande kommen wird.“ Und so weiter. — Man reißt sich die Augen — steht das wirklich da? Kein Zweifel. Schwarz auf weiß. Und es ist das nicht einem Privatbrief entnommen, sondern einem für die Öffentlichkeit bestimmten, an die Zeitung „Progrès de Saone et Loire“ gerichteten quasi offiziellen Schriftstück! Und, wohlgerichtet, einem Schriftstück, erlassen nach dem jüngsten parlamentarischen Spektakel- und Intrigenstück, in welchem die Herren Kolland und Konforten von Thiers so schmachlich genasführt wurden! Doch freilich, was bleibt dieser erbärmlichen Gesellschaft übrig, als gute Miene zum bösen Spiel zu machen. Die Ernennung der Kommune, die zehntausendweise Niedermehlung der einzigen christlichen Republikaner haben sie ruhig geschehen lassen, ja, den Mordern und deren Hauptmann theils direkt, theils indirekt ihren Beifall zu erkennen gegeben — und nun sind sie an Händen und Füßen gebunden, in der Gewalt des Hauptmanns der Mörderbände, abhängig von seiner Gnade, gezwungen, zu jedem seiner Fingerritte zu lächeln, gezwungen, die letzte Hoffnung für die Republik auf den Mann zu setzen, der mit dem Blut der Kommune das Herzblut der Republik vergossen hat! Sie müssen hoffen auf Thiers! Hoffen, daß Thiers der Republik „nicht fehlen“, daß Thiers „mit den Monarchisten die Republik gründen“ werde! Hoffen auf Thiers, der „wie wir der neuen Ordnung der Dinge (der Republik) ergeben ist“, obgleich er „die konstitutionelle Monarchie gewünscht hätte.“ Hoffen für die Republik auf den Heiler der Republik! Hoffen mit Preisgebung des letzten Restens von Ehre, und des letzten Fünkchens von gesundem Menschenverstand! Hoffen bis zur Insamie und zum Blödsinn!

Oh, Ihr Herren, an dem Tag, da die wahre Republik, die Republik des Proletariats, die Ihr so feig meucheln liebt, sich aus dem Grabe erheben wird, dürft Euch die Republik des Herrn Thiers eine schlechte „Trosterin“ sein. — Mittlerweile fährt Herr Thiers fort, die Republik in seiner Weise zu „begründen“; sein Neuzug ist die Unterdrückung des republikanischen „Corsaire“, der durch einige scharfe Artikel über die letzten Kammerkapalgeriege den Zorn der Versailler Landjunker erregt hatte. In Paris herrscht nämlich noch immer Belagerungszustand, und ein Federstrich genügt zur Vernichtung eines unbedeutenden Blattes. Daß aber die französische Bourgeoisregierung vor einem Zeitungsartikel solche Angst hat, erfüllt uns mit inniger Freude und den schönsten Hoffnungen.

Häuf der stinkenden Londoner Gasarbeiter sind nachträglich von bürgerlichen Geschwornen der „Verschwörung“ (weil sie zur Arbeitseinstellung gerathen!) schuldig befunden, und von dem Gerichtshof zu zwölfmonatlicher Einsperrung mit harter Arbeit d. h. nach unserer Ausdrucksweise zu einjährigem Zuchthaus mit Zwangsarbeit verurtheilt worden. Die Zeitungen „bedauern“ die Höhe des Strafmaßes, aber so wolle es das Gesetz. Dieses schwachvolle Urtheil, auf das wir zurückkommen werden, beweist, daß die englischen Arbeiter vogelfrei sind; beweist, daß die Gesetze, welche angeblich zum Schutz der Gewerkschaften erlassen wurden und angeblich diesen Schutz in genügender Maß leisten sollten, nichts sind als Trug und Schwindel; beweist, daß die englischen Arbeiter, wollen sie sich nicht geblüht den Fuß auf den Nacken setzen lassen, andere Gesetze erkämpfen müssen! Aus den Reihen der englischen Arbeiter ertönt ein Schrei der Empörung, und die Reformbewegung wird durch den unerhörten Vorgang unzweifelhaft mächtig gefördert werden.

In Süd-wales ist eine Einigung zwischen Kapitalisten und Arbeitern nicht erzielt worden. Erstere (die Kapitalisten) haben den Vorschlag schiedsrichterlicher Erledigung zurückgewiesen, so daß ein riesenhafter Strike nun fast unvermeidlich ist.

Etwas für das sächsische Justizministerium. Die Verurtheilung des s. B. verantwortlichen Redakteurs des „Vollstaats“ wegen einer abfälligen Kritik des geordneten Ritters von Müde, als Präsidenten, sowie der Geschwornen des leipziger Hochverrathesgerichtshofs gab uns Veranlassung, noch einmal das Benehmen jener Herren im Prozesse einer Prüfung zu unterziehen. Wir haben dabei Dinge entdeckt, die bis dato allen Theilnehmern entgangen waren und auch in den bis jetzt erschienenen 6 Lieferungen der von den Angeklagten besorgten Ausgabe des Prozeßberichts noch nicht vermerkt sind. B. B.: Als die Verteidiger sich wiederholt darüber beschwerten, daß der Präsident den Angeklagten immer nur die angeblich gravirenden Stellen der verlesenen Aftenstücke zur Erklärung vorhalte, die entlastenden aber nicht besonders hervorhebe, erklärte der Präsident:

„Wir sind die Hände insofern gebunden, als ich von Amts wegen verpflichtet bin, den Angeklagten die von der Staatsanwaltschaft bezeichneten Stellen zur Auslassung darüber vorzuhalten. Dafür kann auch die Verteidigung von ihrem Rechte, das ihr nothwendig Scheinende besonders zum Vortrag zu bringen, umfassenden Gebrauch machen.“ Und der (damals noch nicht Defonomierath) nachmalige Obmann, Geschwornener Steiger, fühlte sich hierauf bemüht, zu erklären, daß, nach seiner Ansicht, der Präsident nur die belastenden Punkte zu erörtern habe, während die entlastenden der Verteidigung

zu überlassen seien. Der Präsident schwieg auf diese juristische Finesse, hieß sie also gut.

Kommt aber nun die „Revidirte Strafprozeßordnung für das Königreich Sachsen vom 1. Oktober 1868“, worin das Gerichtsverfahren in Strafsachen des Eingekerkerten vorgeschrieben ist; und wie lautet es daselbst?

Wir haben uns die auf vorliegenden Fall bezüglichen Stellen ganz genau angesehen und Folgendes gefunden:

Artikel 3, im ersten Kapitel „Allgemeine Bestimmungen“, mit der speziellen Rubrik „Verfahren der Behörden und Beamten im Strafverfahren.“ Was steht da?

„Alle im Strafverfahren thätigen Behörden und Beamten haben in ihrem Wirkungskreise die Erforschung der tatsächlichen Wahrheit zum Ziel zu nehmen und daher mit gleicher Sorgfalt die zur Ueberführung und die zur Verteidigung des Angeklagten dienenden Umstände zu erörtern und zu berücksichtigen.“

Gut! Also ist bewiesen, daß Herr Steiger, von dem man, wie von Heine's „Robes“, sagen kann, daß „von ihm stets gerühmt worden: auf Fakultäten hat er nie studirt; ja seine ganze Ignoranz hat er sich allein erworben.“ — Wir sagen: also ist bewiesen, daß Herr Steiger, der Rittergutspächter, von den Fundamental-sätzen des Uns ungefähr so viel weiß, wie ein Dreß — von den einzelnen Bestandtheilen des von ihm ausgekosteten Getreidelorns. Aber der Präsident! der mußte doch den Artikel 3 der Strafprozeßordnung kennen! Zumal er schon länger als 30 Jahre richterlicher Beamter ist! „Ja. Aber Artikel 3 gehört zu den „Allgemeinen Bestimmungen“, und „Allgemeines“ ist sehr dehnbar und deutungs-fähig. Gelaut hat der Präsident wol den Artikel 3, aber er hat ihn in seinem Sinne ausgelegt, und geglaubt, derselbe beziehe sich auf das Amt des Präsidenten, sondern nur des Untersuchungsrichters.“

Zugegeben vorläufig, obgleich es falsch ist, denn der Anfang des Artikel 3 lautet: „Alle in dem Strafverfahren thätigen Behörden und Beamten.“ Eine „Hauptverhandlung“ gehört aber zum Strafverfahren, und ein Schwurgerichtspräsident ist bekanntlich „Beamter“. Es kann also nicht dem mindesten Zweifel unterliegen, daß Herr von Müde an Artikel 3 von Rechts wegen gebunden war. — Indeß: zugegeben vorläufig, Artikel 3 sei „dehnbar und deutungs-fähig“. Was nun?

Wir schlagen einfach in der „Revidirten Strafprozeßordnung“ das Kapitel nach, daß „Von dem Verfahren bei der Hauptverhandlung“ überschrieben ist und die Artikel 275 — 311 umfaßt, und finden daselbst Folgendes:

Artikel 277. Amtsbefugnisse des Präsidenten. Der Vorsitzende hat das Verfahren zu leiten, den Angeklagten zu vernehmen u. Er ist verpflichtet, nach allen Kräften die Wahrheit, es sei zum Nachtheile oder zum Vortheile des Angeklagten, zu erforschen; u.“

Hier haben wir's also! Wir wissen nun, daß der Präsident nicht bloß die belastenden Momente (wie Herr Steiger meinte und Herr von Müde guthieß) hervorzuheben hat, sondern auch die entlastenden Momente, die „zum Vortheil des Angeklagten,“ wie Artikel 277 sagt.

„Ganz hübsch. Aber damit ist immer noch nichts gegen Müde bewiesen. Der Präsident hat zwar wie Artikel 277 sagt) auch alles „zum Vortheil der Angeklagten“ Dienende „zu erforschen“, allein dieses „Erforschen“ bestand bei Müde eben darin, daß er der Verteidigung das Hervorheben der entlastenden Momente gern und willig gestattete, während er die andere Seite der Arbeit — die belastenden Momente — zur Erörterung übernahm. In unserm Zeitalter der Arbeitsteilung werdet Ihr, Sozialisten, Enthusiasten der Industriewirtschaft, dies dem gequälten armen Mann doch nicht übel nehmen, der sich 16 Tage hintereinander in einem Angstschweiß abradern mußte, daß ein Steiger'scher Tagelöhner ihn hätte demütigen können? Würde Herr von Müde auch der Verteidigung das Hervorheben der entlastenden Momente verweigert haben, dann hätte Ihr Schreiber höchstens Recht, Euch zu vermalen; so aber nicht.“

Richt? Nous verrons! Artikel 280 handelt von der „Vernehmung des Angeklagten.“ Entweder der Hase steck hier — oder er steckt nirgend!

Also! Wie lautet Artikel 280? Antwort: Er lautet: „Hierauf (nämlich nach Vortrag des Verweisungserkenntnisses) vernimmt der Vorsitzende den Angeklagten über alle für die Urtheilsfälligkeit erheblichen Umstände.“

Ueber „alle“, d. h. auch über die entlastenden, da sie ja für die „Urtheilsfälligkeit“ ebenso „erheblich“ sind, wie die belastenden. Der „Vorsitzende“ selber also hat dieses Geschäft zu besorgen; er hatte gerade so gut, wie er die belastenden Momente hervorheben muß, auch die entlastenden zu vermerken, und nicht diesen zweiten Theil der Arbeit der Verteidigung ausschließlich anzuweisen.

Wir haben somit bewiesen, daß nicht nur der Obmann Steiger, sondern sogar einer der höheren, sächsischen Justizbeamten die einfachsten, durch die Logik und die Strafprozeßordnung gebotenen Forderungen in für die Angeklagten nachtheiliger Weise außer Acht gelassen hat.

Was soll man von einer Regierung denken, die — einen stenographischen Bericht über den Prozeß hat sie sich ja anfertigen lassen — ein derartiges Justizverfahren ungeahndet läßt?

Warnung. Die Auswanderung nach Brasilien wird in diesem Augenblicke noch stärker als je von den bezahlten Agenten betrieben. Wir versichern den Besprechungen dieser Leute gegenüber, daß in der und vorliegenden brasilianischen Wochenschrift „Germania“ (einem biemarckisch gesinnten Blatt) die Lage der deutschen Einwanderer als eine meist trostlose, politisch und sozial rechtlose geschildert wird; sie werden nicht bloß von der brasilianischen Regierung, sondern in noch höherem Grade von den älteren deutschen Kolonisten und zwar mitunter in grauenhafter Weise ausgebeutet.

Neujahrs-Wahruf eines Arbeiters an seine Genossen.

In der Voraussetzung, daß so mancher Arbeiter, welcher durch uns nichts mit uns bösen Socialdemokraten zu thun haben will, am Ende uns noch bekämpft, den „Vollstaats“ liest, mache ich mich an diese Zeilen, in der Hoffnung, vielleicht manchem das Ungerechtfertigte seines Verhaltens uns, seinen vorwärtsstrebenden Brüdern gegenüber, vor das Auge zu führen und zu unserm Kampfgenoßen zu machen.

Es erregt sicher jedes zum Bewußtsein erwachten Arbeiters größte Verwunderung, daß im Kampfe gegen die jetzt bestehenden gesellschaftlichen Einrichtungen diejenigen, welche seine natürlichen Kampfgenossen sein sollten, für deren zu erringende bessere gesell-

schaftliche Stellung schon so viele ihre ganze Existenz geopfert, die empfindlichsten Freiheitsstrafen erduldet, ja sogar, wie im letzten und vorletzten Jahre in Frankreich, in den Tod gegangen sind, zum großen Theil im feindlichen Heerlager sich befinden, oder vollständig theilnahmslos, um die Bewegung sich gar nicht kümmern. Mit Recht verwundert Jeder sich darüber.

Wenn der Feudal-Konservative uns bekämpft — nichts natürlicher als dies. Derjenige, welcher heute noch die unhaltbaren Zustände des Mittelalters konserviren will, muß naturgemäß die Partei bekämpfen, welche die Einrichtung des freien sozialen Volksstaats sich zur Aufgabe gestellt.

Der Bourgeois muß uns bekämpfen, weil bei Verwirklichung unserer Prinzipien unser Schweiß nicht mehr seine Millionen verdriehet, seine Geldsäcke fällt.

Was veranlaßt auch Arbeiter aber, die ihr den fortschrittlichen Gewerksvereinen angehört, von denen man doch annehmen müßte, daß ihr das Unhaltbare, das jämmerliche der heutigen gesellschaftlichen Zustände längst erkannt habt, — was veranlaßt euch, und feindlich gegenüber zu treten? Was wir durch schweres Ringen durch große Anstrengung und Opfer zuverfügung zu erlangen hoffen, — nehmt ihr nicht Theil daran, so wie ihr selbst? Glaubt ihr, wie euch eure falschen Freunde vordellamiren, die jetzigen gesellschaftlichen Einrichtungen wären naturgemäß und etwaige Uebelstände könnten auf gemüthliche Weise nach dem Rezept Hirsch-Duvaliden- und Krankenkassen hättet ihr den Stein der Weisen gefunden? Damit ist euch nur Sand in die Augen gestreut, um von der Hauptfrage euch fern zu halten. Die besten Invaliden- und Krankenkassen (sie mögen ganz gut und empfehlenswerth sein) sind nicht im Entferntesten im Stande, den Arbeitern in ihrer Vorkammtheit zu helfen. Oera geben wir zu, daß dieselbe dem Kranken dem Invaliden eine kleine Hilfe sind; der Arbeiter aber, welche nicht krank, welcher nicht invalide ist, muß trotz jener Kasse mit Weib und Kind hungern, daß ihm die Augen übergehen; daß für wissen eure fortschrittlichen Freunde keine Hilfe, und wenn wir von jener Partei beschimpft und angegriffen werden, so schreit ihr ruhig mit: „Kreuziget ihn!“ ohne zu bedenken, daß ihr in euer eigenes Fleisch schneidet. Prüft eure eigne, prüft die erbärmliche Lage des ganzen Arbeiterstandes, haltet die Mittelchen dagegen welche euch von euren Führern geboten und angepriesen werden und ihr werdet die Wolfnatur eurer vermeintlichen Freunde bei Zeiten erkennen.

Wenn es schon zum Verwundern ist, daß viele Arbeiter, wie eben gesagt, von falschen Freunden sich irre führen lassen, obgleich bei gründlicher Betrachtung ihrer eignen persönlichen Verhältnisse sie schnell genug zur Einsicht gelangen würden, muß man sich doch noch viel mehr über diejenigen wundern, welche die Wichtigkeit des Wahre unsrer Prinzipien erkannt haben wollen, welche erkannt haben, daß die ganze heutige Produktionsweise auf Unrichtigkeit beruht und auf gänzliche Ausbeutung des arbeitenden Volks abgefaßt ist; welche ganz gut wissen, daß solche soziale Schäden nicht durch kleinliche Quacksalberien geheilt werden können, daß sie nur mit vereinten, mit Draufsetzung aller Kräfte geändert und gebessert werden kann, daß es hier der größten Anstrengung, der größten Ausdauer bedarf, wenn wir zu dem uns gesteckten Ziel gelangen wollen, — wenn diejenigen, welche dies alles erkannt, die Hände in den Taschen, ruhig zusehen, um vielleicht durch Entzündung der kleinen Parteisteuer, sich nicht einige Glas Bier der Monat hindurch abdarben zu dürfen? oder, weil das Versammlungstotal etwas abgelegt — ausführen können wir uns leider kein —) ist, um sich nicht müde Beine zu machen? Oder sollten es bei mandern die Frau nicht gern sehen? Vorstehendes kommt leider nicht vereinzelt, kommt viel zu häufig vor, so daß jeder der wo Parteigenossen sich befinden, hier mit einstimmen kann. Doch wollen wir nicht den Stab vorschnell über andre brechen, sondern gerne zugeben, daß wol ziemlich ein Jeder mehr hätte thun können wenn nicht in dieser, so doch in jener, oder in einer andern Beziehung, und werden wir durch die öftern Ermahnungen des Ausschusses hierin sehr bestärkt, aus welchen man leicht ersehen kann daß öfters den wichtigsten Verpflichtungen nicht nachgekommen wird und zwar von Vertrauensmännern, also von Leuten, welche berufen durch das Vertrauen der Parteigenossen, vor allen Andern ihre Schuldigkeit thun sollten. Nehmen wir uns alle den festen Vorsatz, im neuen Jahr unsre Schuldigkeit im größten Maße zu thun, alles daran zu setzen, um unsre Partei auf den Standpunkt zu stellen, welchen sie, wenn sie ihre Aufgabe erfüllen soll, einnehmen muß, und wir werden dann sicher mit noch größerer Ebnung auf die Vergangenheit zurückblicken, als wir es diesmal im Stande sind.

Innere Partei-, Verwaltungs- und Organisations-Angelegenheiten.

Bur Beachtung.

In Nummer 102 des „Vollstaats“ erläßt endlich auch Freund Reichelt (Apolda) einen Bericht über die Wahl im s. weimar'schen Wahlkreise; der Bericht schließt mit dem gewiß sehr beherzigend werthen Ausspruch: „Wären diese Orte organisiert gewesen u.“ und schließlich werden dem Ausschuss wegen Vernachlässigung Thüringens Vorwürfe gemacht. Die Freund Reichelt dazu kommt, dem Ausschuss diesen Vorwurf zu machen, ist uns geradezu unerfindlich. In dem dieser Vorwurf kommt uns ganz gelegen, um auch unsrerseits einen Vorwurf laut werden zu lassen, es wird sich ja dann zeigen wer die Schuld der Vernachlässigung trägt, wenn überhaupt von einer solchen die Rede sein kann; denn es fragt sich doch noch, überhaupt ein Ort oder ein Land, wo agitatorische Kräfte vorhanden oder in der Nähe sind, sich nicht selbst vernachlässigt, wenn diese in Unthätigkeit bleiben.

Ohne auf weitere, tiefer liegende Gründe einzugehen, muß abzunächst konstatiert werden, daß bereits mehrere thüringische Landesversammlungen stattgefunden haben, die sich mit der Agitationsfrage beschäftigten, ja die eigentlich gar keinen andern Zweck hatten, als die Agitation zu regeln; auf denen Agitationscomités ernannt wurden, und die doch mindestens zu dem Glauben berechtigten, daß es den von diesen Versammlungen beauftragten Comités am Ernst sein werde mit dem, wozu sie beauftragt wurden.

So — dem Thun und Lassen dieser Comités ist uns freilich niemals Bericht geworden, ebenso wenig wie dieselben oder sonst wo in Thüringen unsere Unterstützung angerufen haben. Als Beispiel aber, wie wenig vertrauenswürdig für eine erfolgreiche Agitation die Dinge in Thüringen lagen, wollen wir nur anführen, daß Apolda z. B. seit Juli nicht einmal Parteistauern eingesandt hat, so daß im Grunde genommen ganz Thüringen, mit Ausnahme von 3 bis 4 Orten, eigentlich gar keine oder doch nur nominelle Mitglieder zählte.

Kam die Reichstagswahl, von der wir aber wiederum nicht etwa durch das Agitations- oder Wahlcomité, sondern durch die Zeitungen in Kenntniß gesetzt wurden.

Es wurde allerdings sofort beschlossen, bei dieser Gelegenheit vorzugehen und die Wahl in agitatorischer Weise auszunutzen, denn das an ein Durchbringen unserer Kandidaten nicht zu denken, war uns aus sehr verstandlichen Grunden klar.

Allein der Ausschuss denkt und das thuringer Wahl- oder Agitationscomit6 leckt, oder richtiger, iberlie6 das Leuten den G6tern, die wahrscheinlich allwissender sein mochten als der Ausschuss, denn auf zwei an den Vorsitzenden des Wahlcomit6s gerichtete Briefe, in denen iber den Wahltermin um Ankauf gebeten wurde, da wir beabsichtigten, Agitatoren dahin zu senden, warten wir noch heute vergebens auf Antwort. Ob dem leitenden Comit6 an der Hilfe fremder Agitatoren nichts gelegen sein mochte, oder was sonst der Grund war, da6 der Wahltermin nicht bekannt gegeben wurde, — weber der „Vollstaat“, noch die anderen lokalen Parteiofgane haben eine Notiz dariber gebracht — wollen wir nicht weiter untersuchen.

Erst nach der Wahl — fr6her niemals — gingen uns Zuschriften um Unterstutzung der Agitation zu, und sind sofort erledigt worden. Siner6her noch mehr zu sagen, halten wir f6r iberfl6ssig. Nur Eins wollen wir noch hervorheben, und das w6re die Aufforderung nicht allein an das thuringer Agitationscomit6 — auch andere Orte m6gen diese Schl6ssfolgerung beherzigen — k6nftig die Organisation und Parteidisziplin etwas weniger „stiefmutterlich“ zu behandeln. Mit der Agitation, blos um zu agitieren, wird gar nichts erreicht, das Resultat der Wahl im 6. weimarischen Wahlkreise m6ge man sich zur Warnung nehmen. Also, man agitire nicht blos, um nur nominelle Parteigenossen zu gewinnen — und an diesem Agitationsfehler scheint auch Sachsen zu laborieren, — sondern man lasse sich die F6rderung der Organisation, je centralistischer, desto besser, angelegen sein, und gew6hne die neugewonnenen Mitglieder — unbeschadet, da6 6ltere Mitglieder sich selbst daran gew6hnen — an die nothwendige Parteidisziplin, damit nicht Jeder nach seiner eigenen Meinung, jeder Ort auf eigene Faust handelt, wo doch nur durch Zusammenhalten der Kr6fte Aller Etwas erreicht werden kann. Th. Jord.

Gewerkschaftliches.

Allgemeiner Schuhmacherverein.

Berlin, 30. Dezbr. Am 27. d. M. fand unter dem Vorsitz des Herrn K6hn eine Versammlung statt, die sich besonders mit der Besprechung der gegenw6rtigen schlechten Lohnverh6ltnisse besch6ftigte. Wenn sich auf g6ttlichem Wege eine Lohnaufbesserung nicht erreichen lasse, werde wol zu Opfern entweder ein partieller oder Massenstreik die unabweisliche Folge sein. Die gr66te Konkurrenz verursachen die kleinen Provinzialst6dte, in denen sehr viel f6r Berlin gearbeitet werde. Dieserhalb sei es nothwendig, in jenen die Agitation zu begr6nden. Ein direkter Beschlu6 wurde iber das Erw6hnte nicht gefa6t. Zum Schlu6 wurde eine Sammlung f6r den inhaftirten Schuhmachersgesellen Herrn Armbrorst veranstaltet.

Correspondenzen.

Leipzig. In Nr. 104 des „Correspondent f6r Deutschland“ Buchdrucker und Schriftsetzer lesen wir in einem Bericht 6ber eine Vereinsigung der berliner Buchdrucker Folgendes:

„Als dritter Gegenstand standen noch die Bewilligung einer Ertzsteuer und eine solche f6r die streifenden Kollegen in Rom zur Verhandlung. Von der Anklage einer Ertzsteuer wurde indessen abgesehen, und zwar in Anbetracht dessen, da6 die Rechnungslegung, welche an demselben Abende erfolgte, einen Kassenbestand von 4408 Thaler aufwies, welche ja stets bereitwillig zur Befreiung jeder nothwendigen Ausgabe benutzt worden und auch ferner dazu sei. Den Kollegen in Rom wurde — in Anbetracht der schwierigen Verh6ltnisse, unter welchen sie zu k6mpfen h6tten, und unter dem Hinweis, bei den jetzigen Verfolgungen der Arbeiter in allen L6ndern von Seiten der Regierungen um so mehr zu zeigen, da6 die Interessen der Arbeiter aller L6nder solidarisch seien — eine Unterstutzung von 2000 Francs (266 Thlr. 20 Sgr.) bewilligt.“

Wir wollen den berliner Buchdruckern keine Elogen sagen; der von ihnen wiederum gelieferte Beweis br6derlicher G6stlichkeit ist iber alles Lob erhaben. Wir wollten die Gelegenheit nur benutzen, um die deutschen Arbeiter 6bermals auf die vortreffliche Organisation des deutschen Buchdruckerbundes aufmerksam zu machen. Und wir sprechen es hier unumwunden aus: an ein erfolgreiches Ank6mpfen gegen die Bedr6ckungen des Kapitals k6nnen die Arbeiter der anderen Branchen erst dann denken, wenn sie sich eine Organisation a la Buchdruckerverband geben. Neben der Agitation ist es der durch die Gewerkschaften gef6hrte praktische Kampf, der das Klassenbewusstsein der Arbeiter weckt und mit diesem den politischen Gesichtskreis derselben erweitert. Und wohlgemerkt: sollen die Massen der Arbeiter gewonnen werden, dann hat man Organisationen zu schaffen, die dem Arbeiter materiell n6tzen; und solche Organisationen sind die — Gewerkschaften.

Wischoswerda. (Zur Agitation in der Oberlausitz.) Im November vorigen Jahres hatte der bekannte Agitator des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins H6rig aus Hamburg eine Volksversammlung hier abgehalten, sich in seinem Referat im Allgemeinen iber die Arbeiterbewegung verbreitet und zum Schlu6 die Versammlung zu massenhaftem Eintritt in den Allgemeinen deutschen Arbeiterverein aufgefordert, welcher Aufforderung indess nicht Folge gegeben wurde. Am 30. November war ich auf Einladung der dasigen Tuchmacher erschienen und hielt iber das Thema: „Die Nothwendigkeit f6r den Arbeiterstand, organisiert auf dem Boden des Rechts und des Gesetzes den Klassenkampf anzunehmen, um zu seinem Recht zu gelangen“ einen lngeren, beif6llig aufgenommenen Vortrag in einer stark besuchten Tuchmacherversammlung. Hauptsthliche machte ich die Anwesenden auf Folgendes aufmerksam: 1) da6 die Arbeiter gemeinschaftlich handeln m6ssen, um sich von der Kapitalherrschaft und deren Folgen zu befreien, — also organisieren. 2) In Anbetracht, da6 die Gegner der Arbeiterklasse sich in deren Bek6mpfung durchaus nicht durch nationale Grenzen beirren lassen, ist der Arbeiterstand durch zwingende Nothwendigkeit veranla6t, sich, soweit es die Verh6ltnisse in den verschiedenen L6ndern nur einigerma6en gestatten, auf breiter internationaler Grundlage zu organisieren resp. sich einer derartigen Organisation, welche die Befreiung der arbeitenden Klasse sich zur Lebensaufgabe gemacht hat, voll und ganz anzuschlie6en, und 3) da6 die Arbeiterklasse unter Verh6ltnissen der gegenseitigen Bestimmungen mit allen Kr6ften dar6ber ringen mu6, schon im heutigen Staate zu politischer Wahl zu gelangen, denn erst dann werden wir unsern Gegnern wirksam resp. sich einer derartigen Organisation, welche die Befreiung der arbeitenden Klasse sich zur Lebensaufgabe gemacht hat, voll und ganz anzuschlie6en, und 3) da6 die Arbeiterklasse unter Verh6ltnissen der gegenseitigen Bestimmungen mit allen Kr6ften dar6ber ringen mu6, schon im heutigen Staate zu politischer Wahl zu gelangen, denn erst dann werden wir unsern Gegnern wirksam zu nehmen. — Hieran schlo6 sich die Berlesung unseres Programms mit kurzen Erkl6rungen und schlie6lich wurde eine Mitgliedschaft

der sozialdemokratischen Arbeiter-Partei gegr6ndet, welche noch denselben Abend in ganz kurzer Zeit auf einige 20 Mann gebracht wurde. Von mehreren meiner Zuh6rer wurde mir versichert, da6 eine anderweitig versuchte Agitation des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins in Wischoswerda vergebliche M6he sein wird. Wenn die Verh6ltnisse bekannt sind, der wird es begreiflich finden, da6 f6r den Allgemeinen deutschen Arbeiter-Verein mit seiner die Arbeiter gegenseitig systematisch verhegenden Leitung hier kein Boden ist. C. B.

Hamburg, 23. Dezember. Wie im „Vollstaat“ bereits mitgetheilt ist, haben sich die Branerghelfen in Frankfurt a. M. an die Branereibesitzer mit einem Gesuch um Verbesserung ihrer Lage gewandt. Das Gesuch war durchaus h6flich gehalten und von einer Arbeitseinstellung darin keine Rede. Was war die Antwort auf dieses h6fliche Schreiben? Man h6re und staune! Die Herren Branereibesitzer einigten sich darin, die Forderungen in keinem Punkte zu bewilligen und jeder Besizer, der einen auf einem Vorschlag annehmen w6rde, sollte 25 Thaler Strafe zahlen. Ausgedem begannen sofort Mahregelungen. So entlie6 ein gewisser Herr Schwager alleia sofort 8 Mann, ein anderer Prinzipal schickte nach eigenem Gest6ndnis einen Gehilfen nur deshalb fort, weil dieser Kassirer des Branervereins war ic. Die Entlassenen mu6ten nat6rlich abreisen, weil sie in Frankfurt keine Arbeit bekamen. Und wohlgemerkt: Alle waren durchweg ohne die gesetzliche K6ndigung fortgeschickt worden. Und doch wollten die preussischen Nationalliberalen ein besonderes Geizfabrizieren, welches nur die ohne K6ndigung abgehenden Arbeiter mit harter Gef6ngnisstrafe bedroht, die Arbeitgeber aber, welche ihre Gehilfen ohne Weiteres wegschicken, sollen von der gleichen Strafe nicht betroffen werden. Das nennt sich auch Volksvertreter!! — Die Frankfurter Branerghelfen haben keinen Streik gemacht; sie breiten ihren Verein aus und werden ihre Forderungen noch auf andre Weise durchzusetzen suchen. Kein Branerghilfe m6ge jetzt nach Frankfurt a. M. reifen. Alle Mitglieder der sozialdemokratischen Arbeiterpartei werden ersucht, die Braner ihrer Bekanntschaft hierauf aufmerksam zu machen.

Barmen, 21. Dez. Am 7. Juli dieses Jahres besand ich mich in Witten an der Ruhr in einer Privatgesellschaft, in der viel iber den franz6sischen Feldzug disputirt wurde. Auch ich mischte mich in das Gespr6ch und that unter Bezugnahme auf die im Vollstaat vom 3. Juli dieses Jahres besprochene vom Kaiser Wilhelm abgehaltene Revue einige Anmerkungen, die einen W6chenssteller von der Bergisch-M6rkischen Eisenbahn, Namens Theodor Ruttman veranla6ten, mich bei dem Bochumer Kreisgericht zu verklagen. Daraufhin wurde die Anklage wegen Majest6tsbeleidigung gegen mich erhoben und als Resultat der Anklage habe ich den Parteigenossen mitzutheilen, da6 ich am 20. Dezember Dedre erhielt, mich binnen 8 Tagen zur Verb6hung von 2 Monaten Gef6ngnis im Arresthause zu Elberfeld zu stellen. Durch meine Haft ger6th meine Familie in die bitterste Noth, und doch darf diese des Nothwendigsten um so weniger entbehren, als meine Frau ihrer Niederkunft entgegensteht. Ich bin fest 6berzeugt, da6 mich die Parteigenossen in meiner Noth nicht verlassen werden.

Mit sozialdemokratischem Graf

Theodor K6tler, Rott Nr. 7.

H6ppingen, 30. Nov. Im dicht besetzten Saale des Gasthauses „Zum Rad“ hielt heute der aus Amerika von einer Reise zur6ckgelehrte Freiheitsk6mpfer und Sozialist Herr Amund G6gg einen Vortrag iber die politischen, religi6sen und sozialen Zust6nde Nordamerikas. Eingangs seiner Rede betonte Herr G6gg, da6 der Arbeiterverein in H6ppingen ihm schon seit langer Zeit als ein t6chtiger K6mpfer auf sozial-politischem Gebiet bekannt sei und es freue ihn, heute in unserer Mitte weilen zu d6rfen. Des Weiteren f6hrte der Vortragende aus, da6 die Aufnahmehes des Deutschthums an den zivilisatorischen Bestrebungen Nordamerikas seit den Reaktionsjahren 1848—49 datire, die Amerika ein bedeutendes Contingent der geduldesten Elemente Deutschlands zugef6hrt haben. Nicht die Siege von 1870—71, wie Viele in d6nkelhafter Ueberhebung sich einredeten, h6tten das Deutschthum in Amerika auf den jetzigen Standpunkt gehoben, und er glaube, wenn die Steuerschraube in der Belastung des Volkes so fortarbeite, da6 durch die massenhafte Auswanderung nach Amerika sich daselbst sehr bald ein neues freieres Deutschland entwickeln werde. Er getraue sich zu sagen, da6 er es trotz seines Alters noch erleben werde, da6 in Amerika die deutsche Sprache als Landessprache anerkannt und proklamirt werde.

Als mit den weltlichen Institutionen Amerikas unvereinbar, halte er die fast unbeschr6nkte Macht des Pr6sidenten. Zum Gl6ck habe dieser iber kein stehendes Heer nach europ6ischem Zuschnitt zu gebieten, was ihn verhiindere, seine Macht gegen das Volk zu kehren. Zwar arbeite man auf eine Staatsreform hin, aber das gro6e Beamtenheer, das dem Pr6sidenten die Ertzenz verdanke und iber das er schrankenlos verf6gen k6nne, bereite einem solchen Beginn gro6e Schwierigkeiten.

In Bezug auf die Religion und deren Einflu6 auf die gesellschaftlichen Zust6nde Nordamerikas machte der Vortragende auf die Macht der katholischen Kirche aufmerksam, die sich zu einer H6he entwickelt habe, die f6r die politische Entwicklung nicht ohne Gefahr sei. Hier gen6ge die vielgesprochene Trennung der Kirche vom Staate nicht; die ganze Aufmerksamkeit m66e vielmehr auf die religi6se Emanzipation gerichtet werden, die aber schon bei dem Kinde beginnen m66e.

Auf die sozialen Zust6nde 6bergehend, sagte Redner unter anderem, da6 der Arbeiter in Amerika weit geachteter dastehe als bei uns. In Folge besserer Bezahlung lebe der amerikanische Arbeiter auch weit besser als der europ6ische und im geselligen Verkehr trete der Arbeiter dem Fabrikanten selbstbewu6t gegen6ber, w6hrend er bei uns als lebendes Werkzeug, als Untergebener betrachtet wird und sich darnach auch behandeln lie6e. Nichtsdestoweniger sei der soziale Kampf auch in Amerika an der Tagesordnung und Redner erkl6rte die L6sung der sozialen Frage in der gesetzlichen Aufhebung der Lohnarbeit.

Der Vortrag A. G6gg's erregte vielen Beifall. Tags darauf (Sonntag) reiste Herr G6gg, begleitet von einer Anzahl Arbeitern nach Augsburg, M6nchen und N6rnberg, wo er 6berall Vortr6ge iber dasselbe Thema zu halten gedenkt. Bei uns hat sich Herr G6gg durch sein popul6res Auftreten ein bleibendes Andenken erworben. M. Schmidt h6ngler, Vertrauensmann.

M6nchen, 4. Dezember. Amund G6gg hielt heute in unserm gew6hnlichen Versammlungslokale vor einem zahlreichen Auditorium einen Vortrag iber Amerika und amerikanische Zust6nde in politischer, religi6ser, sozialer und intellektueller Beziehung. — Dieses reichhaltige Feld bearbeitete er in netto einer Stunde nach Art der Leiter und Lehrer der Arbeiter-Bildungsvereiner. Die Rede der hier noch befindlichen Volksparteiler hatten sich zu dem Vortrag eingefunden. — Nur mit Widerstreben willigte der Vortragende ein, da6, wie 6blich, ein Bureau zur Leitung der Versammlung gew6hlt wurde, indem er es sich a la Max Hirsch ent-

schieden verbat, da6 an seinen Vortrag sich eine Debatte kn6pfe. — Aufstundshalber wurde zum stellvertretenden Vorsitzenden einer seiner Freunde, Herr Gr6ber*) (Mitglied der Volkspartei) gew6hlt. — Nach Beendigung seines Vortrages erkl6rte er auf die Anfrage eines Mitgliedes der Versammlung, ob er einige an ihm gerichtete Fragen zu beantworten gewillt sei, da6 er eine Debatte nicht w6nsche, da dies f6r seine weitere Agitation in mehreren anderen St6dten S6d-Deutschlands von Nachtheil sein d6rfte. Dar6ber beruhigt von Seiten der Versammlung, da sein Vortrag durchaus nicht politischer Natur sei, gab er vor, da6 seine Gesundheit es ihm nicht gestatte, sich an einer Debatte zu betheiligen. — Er k6nnte eine Disifikation freilich nicht verhindern, werde jedoch, falls die Versammlung sich f6r eine solche erkl6re, das Lokal verlassen. Die anwesenden Volksparteiler resp. der zweite Vorsitzende Gr6ber unterst6tzen auf das Lebhafteste seinen Willen, indem sie die Bediensteten des Vortragenden f6r die Sache des Volkes in einer Weise heroorhoben, wie man sie selten zu h6ren bekommt. — Bei der auf bestimmten Antrag erfolgter Abstimmung entschied sich die 6bergro6e Mehrheit der Versammlung f6r eine Disifikation, und unser werthb. Gast A. G6gg, der zweite Vorsitzende nebst der Haad voll Volksparteiler verliesen das Lokal. (Wir sind keineswegs gewillt, f6r alle Anschauungen G6gg's einzutreten, allein Niemand hat das Recht, ihn f6r einen Gegner der Sozialdemokratie zu erkl6ren. G6gg steht noch etwas in den Traditionen von 43 und 49, ist aber Sozialdemokrat und hat auf dem Baseler Kongre6 der Internationalen Arbeiterassoziation bekanntlich f6r die Gemeinlichkeit des Grund und Bodens gestimmt. Wenn er nach seinem Vortrag in M6nchen keine Disifikation w6nschte, so war jedenfalls nicht Furcht vor einer Disifikation der Vortragende. Da6 sich G6gg, als trotz seines au6erordentlichen W6nsches eine Disifikation anberaumt ward, aus der Versammlung entfernte, mi6billigen wir zwar, finden es aber in Anbetracht des ihm von einem Theil der Versammlung bewiesenen Mi6trauens keineswegs auffallend. Weit auffallender finden wir, da6 G6gg eine vor mehreren Wochen erschienene Notiz der „Frankfurter Zeitung“, die ihn betreffs seiner Vortr6ge unehrenhafte Motive unterst6h, ganz unber6cksichtigt gelassen hat, da6 aus Aufkl6rungen se. bereits sehr erw6nscht w6ren. D. R. v. S.) Das Bureau wurde wieder erg6nzt, die Disifikation iber den ged6hten Vortrag er6ffnet, und von den Parteigenossen Pr6bst, Hell, Gerstmaier und dem Unterzeichneten die P6ken des Vortrages einigerma6en unter Zugrundelegung unserer Tenzenden ausgef6llt.

Die Versammlung, obgleich in ihren Erwartungen bez6glich des Vortrages nicht ganz befriedigt, wurde durch die verschiedenen Erg6nzungen w6hrend der Debatte in s6chtlich bessere Stimmung versetzt. Aufgefordert, an den Prinzipien der sozialdemokratischen Partei unwandelbar festzuhalten und sich durch keine zweideutigen Parteifreunde betreiben zu lassen, wurde dieselbe 10 1/2 Uhr unter gr66ter Gem6thigkeit vom Vorsitzenden geschlossen.

Die liberalen Bl6tter sind nat6rlich voll des Lobes iber den Vortrag ihres Freundes und ziehen in gewohnter Weise iber die unkultivirten Sozialdemokraten los. —

Mit sozialdemokratischem Graf

Julius Scheil.

Z6rth, 15. Dezember. Die Gemeindeerg6nzungswahlen sind zu unserm Ganzen ausgefallen, indem s6mmliche Kandidaten der mit den Arbeitern vereinigten Volkspartei gew6hlt wurden. Wir haben sonach wirkliche Mitglieder der sozialdemokratischen Arbeiterpartei im Magistratskollegium, einige im Gemeindefollegium und auch einige Arbeiter bei den Erfahrungsmannern. Die 6brigen bezeichnen sich gr66tentheils zu unserm Programm. Unter unseren Gegnern (es ist das die Minorit6t, die nicht ausgelost wurde) befindet sich noch immer Dr. Landmann, der Vorsitzende des Gemeindefollegiums. Aber es steht zu erwarten, da6 sich die entschiedeneren Elemente bei der im Januar stattfindenden Bureauwahl zu seinem Sturze mit uns vereinigen werden. Die Fortschrittler geben sich wie toll vor Bath, da6 sie von den Zweifelpennig-W6nnern — so nennen sie uns Arbeiter — aus dem Sattel gehoben sind, in dem sie sich so gem6thlich zurechtgesetzt hatten. Aber wir waren auch auf dem Posten. Es haben sich n6mlich 3 Wochen vor den Wahlen noch 6ber 400 Arbeiter um das B6rgerrecht beworben, da dieses, Dank der demokratischen Gemeindeorganisation, unentgeltlich erteilt wird und der Beitritt durch Kollektivbewerbungen noch mehr erleichtert ist. Es kommt den Arbeitern, die sich in einer Kollektivbewerbung um das B6rgerrecht beworben hatten, noch nicht auf einen halben Gulden zu steigen und deswegen nennt uns das arbeitvertr6gshelende Geldproletenhum Zwweifelpennig-B6rger. Wenn uns das B6rgerrecht auch nicht viel kostete, so w6ren wir es doch desto besser zu benutzen, und da wir aus dem Wahltag einen Freierlag machten, so waren wir auch im Stand, die Unvers6hmlichkeiten und Wahlschw6ndeleien der Fortschrittler geh6rig zu durchkreuzen. Jetzt klagen sie iber Terrorismus und zum Uebelst66 wollen sie sich auch noch, um zu der Niederlage die Managen zu helfen, mit einem Protest an die Regierung wenden. Im Ganzen haben 6ber 70% der Wahlberechtigten gew6hlt. Jeder der Gew6hlten ist auf Ehrenwort verpflichtet, f6r unbedingte Aufhebung des Schulgeldes zu stimmen. Auch werden wir durch diesen Sieg der Arbeiter vor einer Garnison verschont bleiben.

Am Mittwoch, den 11. Dezember, sprach Herr Amund G6gg daheim vor einer stark besetzten Versammlung iber die Nordamerikanische Republik und verteidigte das Programm unserer Partei in gl6nzender Weise, indem er sich entschieden f6r Trennung der Schule von der Kirche und vom Staat, f6r Aufhebung der kapitalistischen Produktionsweise und Einf6hrung der genossenschaftlichen Arbeit, sowie f6r Expropriation des Grund und Bodens aussprach. Ph. G.

N6rnberg, 23. Dezember. Wir haben den Parteigenossen die ersehnte Mittheilung zu machen, da6 der in letzter Zeit als Besch6dter der Arbeiterinteressen vielgenannte Dr. Friedrich Mool unserer Partei beigetreten ist.

Neudorf, 17. Dezember. In Nr. 96 des „Vollstaat“ finden wir unter Anderm auch einen Artikel iber die Kaappshafst6rstenwahl vom 26. August im herzoglichen Salzwert Leopoldshall, nach welchem wir der Wahrheit gem66 berichten m6ssen, da6 sich einige kleine Fehler eingeschlichen haben. Erstens: die Wahl eines Kaappshafst6rsten erstreckt sich nicht auf sechs Jahre, sondern nur auf vier. Zweitens: in der zweiten Wahl hat Heinrich Kunze nicht 21, sondern 39 und Franz Seitel 38 Stimmen erhalten. Das ist es, was wir an diesem Artikel anzusehen h6tten. Da aber unsere Ehre durch die Bekanntmachung des Herrn Komissarius Mette aus Bernburg angegriffen ist, so sind wir gezwungen, vor der 6ffentlichen Meinung, sowie auch vor unseren W6hlern zu zeigen, da6 wir keine derartigen Verbrechen sind, da6 man uns von diesem Ehrenamt (nicht Reichthum!) ausschlie6en konnte. Somit sind wir auf einen Punkt gekommen, wo wir uns nicht

*) Ist etwa Gr6ber gemeint? Wir kennen einen Holzh6ndler Adolf Gr6ber, aus Kaiserlautern, jetzt in M6nchen, der sich auch zur „Vollspartei“ rechnet, aber die Berechtigung der Sozialdemokratie aufs Unw6rdigste anerkennt. R. v. S.

mit dem Schleier des Schweigens umhüllen können, sondern mit offenem Blicke herauszutreten müssen. Zunächst müssen wir aber einen Rückblick thun. Nach der am 21. August stattgehabten Wahl brachte der „Braunschweiger Volksfreund“ einen Artikel, worin es heißt: „Sieg der Sozialdemokratie. Die beiden Sozialisten G. Raumann und F. Zwanzig sind am 26. August zu Knappschäftsältesten gewählt worden.“ Als aber unsere Anerkennung immer noch nicht erschien, da verbreitete sich das Gerücht, der betreffende „Volksfreund“ sei an die herzogliche Regierung gefandt und diese habe aus der Notiz Anlaß genommen, uns nicht zu bestätigen. Sollte das wirklich auf Wahrheit beruhen, so müssen wir fragen: wie können denn zwei Mann für Einen verantwortlich sein, von dem sie gar nicht wissen, was er thut oder schreibt? ob er es gut oder böse mit uns gemeint hat? Und wird wol jener Schreiber zu dem Betreffenden hinkommen, und wird sagen: Du, ich habe in guter oder böser Absicht jenen Artikel geschrieben, wirst Du mir wol zürnen, wenn Du es schwarz auf weiß gedruckt siehst? Also, wenn dieses Wahre sein sollte, wie kann man es uns denn entgelten lassen? Oder glaubt man, in hiesigem Umkreise, wo Tausende und aber Tausende von Arbeitern sind, ist weiter Keiner des Schreibens mächtig, als nur wir? Oder sollte diese Bekanntmachung aufreizend auf uns wirken, damit wir uns zu Tumulten verleiten lassen sollten, um uns dann als Ruhestörer in Nummer Sicher zu bringen? Nichts von alledem ist eingetreten. Protestirende nur verließen unsere Wähler das Wahllokal und mit freudigem Bewußtsein können wir unsern Wählern ins Auge schauen und sagen: es waren nicht alte Weiber und Mädchen, welche uns ihre Stimme gaben, sondern es waren Männer, welche durch Kummer und Noth schon gestählt sind. Es ist auch nicht ganz richtig, daß in dem Artikel in Nr. 96 des „Volksstaat“ behauptet wird, wir hätten schon Schritte gethan, um den Rechtsweg zu verfolgen. Es ist das keineswegs geschehen; wir haben uns aber an die herzogliche Regierung gewandt, wie die beiden nachstehenden Schreiben zeigen. Wir verlangten, daß uns diejenige Person genannt werde, welche das grelle Licht auf unsere Vergangenheit geworfen hat, damit wir diese gerichtlich belangen können; aber auch dieses ist uns verweigert worden. Nun, da uns nichts nachgewiesen werden konnte, und da uns die betreffende Person nicht genannt worden ist, so können wir annehmen, daß es ein Verläumder gewesen ist, welcher unsere Vergangenheit in ein grelles Licht gestellt hat. Ueberhaupt, wenn man die heutigen Machtverhältnisse und gesellschaftlichen Zustände in Betracht zieht, wie kann man wol da als armer in Lumpen gekleideter Arbeiter von Recht sprechen? Zur weiteren Orientierung lassen wir die beiden oben angezogenen Schreiben folgen. Unser Gesuch lautet: Hochwohlgeborener, Hochgeehrter Herr! Da am 26. August 1872 auf dem Salzwerk Leopoldshall die Wahl zweier Knappschäftsältesten vorgenommen wurde, und zu diesen Gottlob Raumann aus Neundorf und Friedrich Zwanzig aus Stafffurt mit Stimmenmehrheit gewählt wurden, selbige jedoch von hoher herzoglicher Regierung in Dessau nicht anerkannt wurden, und zu diesem Behuf am 29. Oktober eine zweite Wahl anberaumt worden ist, in welcher von Herrn Kommissarius Wette aus Vererbung den Anwesenden Wählern entgegengehalten wurde, daß die frühere Vergangenheit der beiden Gewählten nicht dazu angeht, daß sie die Knappschafft nach allen Richtungen hin zu vertreten im Stande seien. Wir sind uns aber voll und ganz bewußt, daß unser vergangener Lebenswandel Jedem offen und klar dargelegt werden kann, ohne daß wir uns dessen zu schämen hätten. Beweis dafür ist, daß uns nicht einmal solche Vergehen nachzuweisen sind, welche in dem Vereinsstatut in § 36 angeführt sind, bezuglich kann uns keine derartige Strafe vor Gericht nachgewiesen werden, und überhaupt kann uns im Zeitraum von 4 Jahren, in welcher Zeit wir im herzoglichen Salzwerk Leopoldshall gearbeitet haben, kein niederlicher Lebenswandel nachgewiesen werden. Da aber mit dieser Bekanntmachung auf unsere Vergangenheit ein grelles Licht geworfen ist, so erfordert es unsere und unserer Wähler Ehre, daß uns ein Vergehen oder Verbrechen, wie im § 36 des Vereinsstatuts angeführt, nachgewiesen, oder uns derjenige Beamte genannt werde, welcher dieses grelle Licht auf unsere Vergangenheit geworfen hat, damit wir ihn gerichtlich belangen können, denn selbst unsere Wähler haben bei dieser Bekanntmachung das Wahllokal kopfschüttelnd verlassen, aber einen Heinrich Kunze, dem jetzigen Knappschäftsältesten, welcher sich im letztvergangenen Frühjahr von der Tribüne herab als Nachwachter der Knappschäftsälteste ausgab, wollten sie ihre Stimme nicht geben. Ueberhaupt ist bei der letzten Wahl nach Angabe keine Majorität der Stimmen erzielt worden, wie sie das Vereinsstatut vorschreibt, sondern es haben nur einige Bierzig gewählt. Somit hegen wir den Wunsch und die frohe Hoffnung, Eure Hochwohlgeborenen werden uns binnen kurzer Frist, dem Gerechtigkeitsstimm entsprechend, Gerechtigkeit widerfahren lassen.

Neundorf, den 4. November 1872. Mit aller Hochachtung zeichnen G. Raumann, F. Zwanzig.

Das uns von herzoglicher Regierung am 19. November zugesandte Antwortschreiben lautet: „Auf das von Ihnen in Gemeinschaft mit Friedrich Zwanzig bei uns angebrachte Gesuch vom 4. November d. J. eröffnen wir Ihnen, daß Ihre am 26. August d. J. bewirkte Wahl zu Knappschäftsältesten für das herzogliche Salzwerk Leopoldshall von uns nicht bestätigt worden ist und daß bei der anderweitig stattgehabten Wahl der Ausscher Heinrich Kunze und der Häuer Franz Seitel in gesetzlicher Weise zu Knappschäftsältesten für Leopoldshall gewählt und auch bestätigt sind, so daß die Angelegenheit dadurch ihre Erledigung gefunden hat.“

Dessau, den 15. November 1872. Herzogliche Anhaltische Regierung, Abtheilung für Domänen und Forsten.

An den Bergmann Gottlob Raumann in Neundorf.“

Mit sozialdemokratischem Gruß G. Raumann, F. Zwanzig.

Philadelphia, 28. Novbr. In meiner letzten Korrespondenz, **Volksstaat** Nr. 87, hat sich ein bedeutender Fehler eingeschlichen, der unseren Internationalen Brüdern gegenüber berichtigt werden muß. In Spalte 2, Absatz 12 sollte folgender Satz: „Wie wenig der Arbeiter hier für seine Existenz thut, zeigen die Hindernisse, mit denen die Internationale zu kämpfen hat.“ eingeschlossen sein, und statt: die Anhänger derselben, soll es heißen: derselben, nämlich die Anhänger resp. die Mitglieder des Tischer-Sozial-Bundes u. s. f. Ueber solche Schulz-Dehlsche Palliativmittel ist die hiesige Internationale hinweg wie anderswo, und sie ist sich des ihr vorgestellten Zieles wohlbewußt. Ferner kann ich es nicht unterlassen, dem stuttgarter Korrespondenten der „Philadelphia Freien Presse“ meinen Dank auszusprechen für die weitere Verbreitung des Auffages im **Volksstaat** Nr. 87. — Diese Bemerkung ist um so mehr hier am Plage, weil gerade die „Freie Presse“, „Philadelphia Demokrat“ und „Philadelphia Abendpost“ es deutlicher als die anderen Arbeiterbewegungen feindlich gegenüberstehen, vorgehend, daß nur sie es sind, die uns nützen, die uns auf dem Wege des Gesetzes unsere Lage verbessern können, z. B. durch Schiedsgerichte ihres Kalibers, die ihren eigenen Arbeiter einen Hungertode zu zählen, oder durch die Wahl der von ihnen auf-

stellten Parteiklepper, oder durch das Kaufen ihrer Zeitungen. Sind wir aber einmal gezwungen, etwas in Betreff eines Gewerkes zu veröffentlichen, so sind wir dabei so beschränkt in jeder Weise durch Streichen, Zusätzen, Verdrehen des Inhalts, daß beschloffen wurde, fernerehin von solchen Zeitungen ganz abzusehen.

Wie tief sich diese Zeitungen im freien America in den Geldsack eingestrichen haben (er ist ihr Morgen- und Abendgebet, und des Tages führen sie ihn uns als Beispiel an), zeigt ihr Benehmen gegen uns. Für uns sollen sie nichts thun, was verlangen wir nicht; aber was wir verlangen, ist: keine Lüge und Verleumdung nach Jesuitenart gegen uns. So nannten sie beim Aufstande unsere Führer Demagogen und uns gedankenlose Masse. Kein Wunder, daß man gedankenlos wird, wenn man sonst nichts weiter liest, als den Witz, die „Freie Presse.“ — Ein Mann ein Wort. Hierzu ein Beispiel: Bei der 100jährigen Humboldt-Feier wurde ein Kollektiv beschloffen zur Errichtung eines Humboldt-Denkmal. Auch bei der „gedankenlosen“ Masse frug man an; bei solchen und ähnlichen Gelegenheiten sind wir die Geistreichen. Um aber, da das Geld nicht floß, wie erwünscht, die Kollektiv schneller zum Ziele zu führen, so versprach Herr Merwin vom „Philadelphia Demokrat“ 1000 Dollars zu geben, und das Kollektiv-Comité nahm keinen Anstand, solches zu veröffentlichen. Kurz, wie's aus Vlechen kam, da war der Aktien-, Bonds-, Pallast-, Häuser-, Schwarz-, und Farbendruckerei u. s. w.-Inhaber so arm, daß er sein gegebenes Wort bis jetzt nicht einlösen konnte. Bei den Arbeitern im Allgemeinen ist es hier seit kurzer Zeit doch etwas besser geworden und zwar durch verschiedene Zwischenfälle. Vor ungefähr 6 Wochen besuchte uns ein New-Yorker Internationaler, Dettle mit Namen, der vor sehr zahlreichem Publikum über Arbeiter-Verhältnisse sprach, und zum Schluß zur Organisation aufforderte. Das Ergebnis war, daß sogleich von verschiedenen Gewerken neue Comités ernannt wurden, daß alle Gewerke ohne Unterschied vereinigen sollte. In der 4. Sitzung nannte es sich: „Internationales Zentral-Comité der Gewerkschaften Philadelphia“, und that auch wirklich Erledigendes in kurzer Zeit. Denn es gelang ihm, die Weber zu einer internationalen Webergewerkschaft zu vereinigen durch folgenden Zwischenfall: der Fabrikant Schadowald aus Köthen entließ einen Arbeiter; dieser verlangt seinen Lohn, statt dessen ward er derart zur Thüre hinausgeführt, daß er 3 Wochen arbeitsunfähig war. Elf Geschworene waren für die Anklage, einer dagegen (bekanntlich müssen alle 12 Geschworene einig sein) und die Klage war vergebens. Wo kein Geld, hat der Kaiser sein Recht verloren. Ferner hat das Comité die Kunden-Schuhmacher vereinigt und als schon vereinigte Körperschaften beigegeben die Portfeuille-Arbeiter, die Kunden-Schneider und die Tischler; zum Beitritt stehen in Aussicht die Zimmerleute, die Maschinisten, die wholesale-Schneider u. s. w. Ist der Erfolg auch gering, so ist es doch immerhin ein Anfang zum Besseren.

Bei den Tischlern ist in jüngster Zeit in einer Werkstätte ein Uebel eingerissen, daß unbedingt zur festeren Organisation mahnt. Im Lot'schen Shop haben 5 von 30 Mann sämtliche Arbeit übernommen und veranordneten solche an ihre Untergebenen. Das ist doppelte Ausbeutung und nach Dr. Büchners Bericht an den Genfer Kongreß der 5. Stand. Wird diesem Unwesen nicht gesteuert, so macht es immer mehr Fortschritte. Eine Tischler-Zentralisation durch die ganzen Vereinigten Staaten ist auch angebahnt; zu der Vereinigung gehören nämlich New-York, Philadelphia, Pittsburg, St. Louis, Louisville, Evansville, San Francisco. Auffallend ist es, daß von Chicago, wo 140 „Volksstaaten“ gelesen werden, nichts gehört wird; wer die Schuld trägt, ob Chicago selbst, oder die korrespondierende Tischler-Sektion von Philadelphia kann ich nicht sagen. Sollte Ersteres der Fall sein, so sollen dies Mahnworte sein, hauptsächlich an die Chicagoer Parteigenossen. W. J.

Zum Abonnentenverzeichnis des „Volksstaat.“

Wir werden mehrseitig gefragt, wie es komme, daß die Abonnentenzahl in New-York so sehr gefallen sei. Die Fragen beruhen auf einem Irrthum. Die Abonnenten, die früher für New-York verzeichnet waren, sind diesmal unter Hoboken bei New-York angeführt. Hoboken liegt New-York vis à vis und ist der Wohnort unseres Expedienten. Nach Hoboken gingen 215, nach New-York direkt 6 Abonnenten in Summa also 221.

Den Parteigenossen empfehlen wir folgende Organe zur Verbreitung:

„Braunschweiger Volksfreund“, erscheint die Woche 6 Mal, kostet per Quartal durch die Post bezogen 15 Sgr. — 52 1/2 kr. südd. W. Verantwortlicher Redakteur V. Weder.

„Chemnitzer freie Presse“, erscheint wöchentlich sechsmal, kostet per Post 15 Sgr. — 52 1/2 kr. südd. W. Verantwortlicher Redakteur: G. A. Heilhof.

„Crimtisch-dauer Bürger- und Bauernfreund“, erscheint wöchentlich sechsmal. Preis per Quartal 12 1/2 Sgr. — 44 kr. südd. W. Redakteur Onkav Kwadniewsky.

„Dresdner Volksbote“, erscheint wöchentlich sechsmal; kostet per Quartal 21 Sgr. — 1 fl. 17 kr. südd. W. Redakteure: Otto-Walster und Theodor Daskner.

„Fürther Demokratisches Wochenblatt“, erscheint wöchentlich einmal, Preis per Post 6 1/2 Sgr. — 22 1/2 kr. südd. W. Redakteur: Anton Memminger.

„Demokratische Blätter“, erscheinen in Königsberg i. Pr. alle 5 Wochen 1 Heft, 2 Bogen stark; kosten per Post das Halbjahr 15 Sgr. — 52 1/2 kr. südd. W. Redakteur: S. Kokoſky.

„Demokratische Zeitung“, erscheint in Berlin wöchentlich sechsmal; kostet per Quartal 1 Thlr. 10 Sgr. — 2 fl. 20 kr. südd. W. Redakteur: C. Lübeck.

„Der Volkswille“, Organ der österreichischen Arbeiterpartei in Desterreich, erscheint in Wien wöchentlich zweimal. Expedition: Wißen, Hauptstraße 63, Wien. Preis: 22 Sgr. — 1 fl. 24 kr. südd. W. Redakteur: Gehrke.

„Das Felleisen“, Organ der deutschen Arbeiterbildungsvereine in der Schweiz, erscheint alle 14 Tage einmal in Zürich. Preis per Quartal 14 Sgr. — 48 kr. südd. W.

„Die Tagewacht“, Organ der sozialdemokratischen Partei und der internationalen Genossenschaftlichen in der Schweiz; erscheint wöchentlich einmal in Zürich. Preis per Quartal 7 1/2 Sgr. — 27 kr. südd. W. Redakteur: H. Grentlich.

„L'egalité“, Organ der Internationalen Arbeiter-Association in der französischen Schweiz, erscheint in Genf monatlich einmal und kostet per Jahr 1 Thlr. 10 Sgr. — 2 fl. 20 kr. südd. W.

„L'Internationale“, Organ der belgischen Sektionen der Internationalen Arbeiter-Association, erscheint alle Sonnabende in Brüssel, Preis per Jahr 1 Thlr. 18 Sgr. — 2 fl. 48 kr. südd. W.

„La Emancipation“, Organ der Internationalen Arbeiter-Association in Spanien, erscheint jede Woche einmal in Madrid, San Pedro 16, III.

„La Plebe“, Organ der Internationalen Arbeiter-Association in Italien, erscheint in Lodi.

Verichtigung.
In der Abonnentensliste Nr. 102 des **Volksstaat** muß es heißen: Burgstädt 8 statt 1 Grpl.
Die Exped. d. **Volksstaat.**

Zum Wahlsond Bebel's.
Von Hermann in D. 1 Thlr. —

Zur Wahl Bebel's und Liebknecht's.
Von P. S. 2 1/2 Thlr. —

Zum Weihnachtsgeschenk für die Kinder.
Von P. S. 2 1/2 Thlr. — Die Exped. d. **V.**

Fond der politischen Gemahregelten.
Von Kauscher 6 Gr., von Rolius 5 Gr., von Striegel 9 Gr. 8 Pf.

Briefkasten: der Redaktion: V. in Zürich: Wir müssen Sie auf die Erklärung in Nr. 100 des „Volksstaat“ verweisen. Der Protest der Zürcher Parteigenossen gegen den Entschluß der Kontrollkommission hat unsere vollste Billigung, und ist auch durchaus objectiv gehalten, allein es würde unzweifelhaft zu einer Polemik den Anlaß geben, die um jeden Preis vermieden werden muß. Wären wir nicht aufs Tiefste von dieser Nothwendigkeit durchdrungen gewesen, wir hätten uns sicherlich nicht entschlossen, zu jenem Aktenschick zu schweigen, selbst auf die Gefahr hin, den Vorwurf der Schwäche auf uns zu laden. Es gibt Momente, wo es ein Verrecht ist, die Privatmeinung und die persönlichen Gefühle nicht vor dem allgemeinen Interesse zurücktreten zu lassen. Es ist gut, daß Sie Ihren Protest auch dem Ausschuss zugesandt haben. Der nächste Parteikongreß wird über die ganze Angelegenheit sein Wort abgeben. G. B.: Gedicht in der Form zu mangelhaft. — G. M.: „Anruf an die Frauen“ in dieser Form nicht verwendbar. — I.: Barriladen-Gedicht von Ch. Bumm aus dem Jahre 48 — unverwendbar. — Adile Königsgb., Bitte um Zulassung der „Zeitzeichen“.

der Expedition: Unger in Kirchhausen für Abonnement 3. Quartal 24 Gr., für Abon. 4. Quartal 1 Thlr. 6 Gr. — Folgt in Halberstadt: Ihre Annonce kam leider zu spät. — Sälz in Gersfeld für 4. Quartal 1 Thlr. 6 Gr. — G./m in Wörmersdorf für 4. Quartal 13 Gr., für 1. Quartal 1 Thlr. 8 Gr. — Arbeiterbildungsverein London für Abonnement 1. Quartal 1 Thlr. 8 Gr., 22 Gr. für 2. Quartal gut. — Redakt. der Baugew.-Zeitung in Berlin: Ihrem Ansuchen haben wir mit Vergnügen entsprochen und bitten die betreffenden Nummern bei der Post zu reklamieren. — Simbel in Frankfurt: Das Kreuzband-Abonnement pro Januar kostet 8 Gr. — Paper in Florenz für Abon. 1. und 2. Quart. 1 Thlr. 20 Sgr., für 3. Quart. 27 Gr. — Marlovic in Pancevoa für Abon. 1. Quartal 18 Gr., Schriften 16 Gr. — Dumas in Basel: Schriften erhalten, den Betrag zu 1 Thlr. 20 Gr. dem Züricher Schriftendepot (Fr.) gutschreiben. — Bartel in Jancovic für Abonnement 1 und 2. Quartal 1 Thlr. 20 Gr. — Friedrich in Prichowitz für 3. Quartal 5 Thlr. 20 Gr. — Schreiber in Friedrichsbad für Kalender 1 Thlr. 9 Gr., dieselben werden aber erst in 8—14 Tagen in 3. Auflage fertig. — Stabe in Celle für Schriften 20 Gr. — Jacmickel in Celle für Schriften 13 Gr. Eine Biographie Kallales ist nicht im Druck erschienen. Das Andere vergriffen. — Dohauer in Jwidan für Abon. 4. Qu. 14 Thlr. 16 Gr.; für Schriften 8 Thlr. 14 Gr.; wenden Sie sich direkt an den Ausschuss, was von hieraus geschehen kann, soll geschehen und werden wir Sie schriftlich benachrichtigen, betr. Kalender siehe Annonce. — Bading in Berlin für Abon. 3. Qu. 19 Gr. 1 Pf., für Schriften 9 Thlr. 22 Gr. 6 Pf., die übrigen Grpl. verwenden Sie bestens. — Benzel in Witten für Schrift 1 Thlr. 10 Gr. und 3 Gr. — Schweinsberg in Bergsch für Schriften 8 Gr. — Pohl in Köteln für Schrift 2 Gr. — Bennenwig in Oberlangwitz 3 Thlr. 14 Gr. 8 Pf., f. Schrift — Dit in Paris für Abonnement 1. Quartals 6 Thlr. 10 Gr., haben 10 Gr. gut.

Anzeigen u.
Augsburg. Literarischer Verein. Sonntag, den 5. Januar Nachmittags 3 Uhr. Generalversammlung im Gasthause zum Schwanen. Zahlreiches Erscheinen erwartet. Der Ausschuss.

Berlin. Die Parteimitglieder versammeln sich jeden Sonntag Nachmittags in Schreible's Lokal, Münstr. 5, zur gemüthlichen Zusammenkunft. — „Volksstaat“ und „Demokratische Zeitung“ liegen aus.

Halberstadt. Mit dem 1. Januar 1873 hat Herr C. Kater, Hofmarkt Nr. 17 eine Filialexpedition übernommen. Bei demselben kann auf den **Volksstaat** fürs Quartal und für den Monat abonniert werden, auch nimmt er Bestellungen auf Schriften entgegen.

Es werde Licht.
Poesieen von Leopold Jacoby.
Zweite Auflage.
Ladenpreis für das Einzelexemplar 15 Sgr. Bei 12 Exemplaren wird für diese Auflage der Verkaufspreis auf 5 Sgr. pro Exemplar ermäßigt.

S. E. Olven, Berlin,
Louisenstraße 45.
Im Verlage der Buchhandlung des „Volksstaat“ ist neu erschienen: Engels, Fr., Zur Wohnungsfrage. 1. Heft: Die Proudhon die Wohnungsfrage löst. Preis pro Stück 1 1/2 Sgr.
Heft 2: „Wie die Bourgeoisie die Wohnungsfrage löst“, erscheint demnächst.

Filialexpeditionen
befinden sich:
für **Plagwitz, Lindenan** und Umgegend bei Herrn Uhrmacher Reinhard in Lindenan;
für **Reudnitz, Alt- und Neuschönefeld, Volkmarisdorf, Thonberg** u. bei Herrn Stelzer, Kapellengasse in Reudnitz;
für **Klein- und Großschöcher, Schleusig** bei Herrn Karl Fleischer, Nr. 87 in Kleinſchocher;
für **Connewitz** und Umgegend bei Herrn Teubert, Vorna'sche Straße 197 in Connewitz.

Genossenschaftsbuchdrucker in Leipzig.
Laut Beschluß der konstituierenden Generalversammlung hat im Januar 1873 eine außerordentliche Generalversammlung behufs Neuwahl des Aufsichtsrathes und Vorstandes stattgefunden, und wird dieselbe hiermit auf den 23. Januar 1873 ausgeschrieben. Tagesordnung wie bei und Zeit werden in Nr. 3 des „Volksstaat“ bekannt gegeben werden. Gewählte Anträge sind bis spätestens den 15. Januar 1873 an den Vorstand in Leipzig (Zeigerstraße 44) einzusenden.
Leipzig, 30. Dezember 1872.

Zur gef. Notiz.
Da die Bestellungen auf den „**Volksstaatkalender**“ sich noch immer mehren, so erscheint in 8—14 Tagen eine dritte Auflage desselben.
Die Buchhandlung des „**Volksstaat.**“
Leipzig: Verantw. Redakteur R. Seiffert. (Redaktion und Expedition Hofstr. 4). Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdrucker.